

Leverett, Flynt / Mann Leverett, Hillary: *Going to Tehran. Why the United States Must Come to Terms With the Islamic Republic of Iran*. Metropolitan Books, New York 2013, 478 S.

Das Ehepaar Leverett gehört zu den wenigen „Dissidenten“ in der Heerschar amerikanischer Autoren, die sich mit US-Außenpolitik befassen. Es befürwortet eine unumschränkte Normalisierung der Beziehungen zum Iran und kritisiert dessen andauernde Dämonisierung. Lange vor dem heutigen Konflikt um das iranische Atomprogramm, seit dem Ende des Schahregimes 1979, haben die USA eine Strategie der Isolation gegenüber Teheran praktiziert. In ihrer Kritik ziehen die Autoren beängstigende Parallelen zur Irakdiskussion. Für sie ist klar, was geschehen muss, um dieses Szenario zu verhindern: die Aufnahme bilateraler Verhandlungen ohne Vorbedingungen. Als Präzedenzfall führen sie die Politik Nixons gegenüber China an.

Als ersten Schritt müsse Washington den Mythos der Islamischen Republik als temporäres Phänomen auf den Müllhaufen der Geschichte werfen. In scharfer Abgrenzung zum westlichen Konsens wollen die Leveretts den (US-amerikanischen) Leser davon überzeugen, dass der Iran eine Insel der Stabilität ist. In ihrer Darstellung einer komplementären Funktionalität von Islam und Demokratie gehen sie von einer breiten Unterstützung durch das iranische Volk aus. Zu den Präsidentschaftswahlen vom Juni 2009 wird festgestellt, dass Mussavi nicht nur verlor, sondern sogar versuchte, seine Niederlage in einen Sieg umzumünzen.

Das Buch kritisiert ideologisch verzerrte Befunde westlicher Analytiker. Die Botschaft an die US-Regierung ist klar: „Get over it and do business“. Das will man in Washington nicht hören. Die Leveretts bezichtigen Obama daher der Doppelzüngigkeit.

Die Argumentation der Leveretts ist nicht neu, einschließlich der These, dass die unabhängige Positionierung des Irans die US-Hegemonie im Nahen Osten herausfordert. Die Autoren sind keine linken „Antiamerikaner“ – als Mitarbeiter der Bush-Administration wurden sie zu Kritikern der etablierten Politik. Es überrascht nicht, dass Kommentatoren bereits begonnen haben, die Hauptaussage des Buches zu untergraben. Die unkritische Wiedergabe der politischen Gegebenheiten im Iran dient dabei als willkommenes Werkzeug.

Horst Heitmann, New York

Sander, Michael: *Deutsch-russische Beziehungen im Gassektor. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen, Interorganisationsnetzwerke und die Verhandlungen zur Nord Stream Pipeline*. Nomos, Baden-Baden 2012, 264 S.

Sander legt mit seiner 2010 abgeschlossenen Doktorarbeit eine der wenigen deutschsprachigen Monografien zum Erdgasprojekt Nord Stream vor. Schwerpunkte der Studie sind die umfassende Beschreibung des Projektverlaufs von 1998 bis 2008 sowie eine detaillierte Analyse der das Projekt umgebenden institutionellen Netzwerke. Der Autor konzentriert sich auf die Konzerne E.ON, Wintershall/BASF und Gazprom sowie

die deutsche und die russische Regierung. Er vergleicht sowohl die Interessen als auch die Verflechtungen zwischen den Akteuren anhand einer quantitativen Auswertung offizieller deutscher und russischer Dokumente – u. a. Koalitionsverträge und Geschäftsberichte.

Dieses Vorgehen ermöglicht prägnante Analysen sowohl der Machtmechanismen und Akteursnetzwerke im Energiesektor innerhalb beider Staaten als auch der transnationalen Verflechtungen. So wird dezidiert die schwache politische Positionierung von E.ON sowie von RWE in Bezug auf Russland aufgezeigt und damit das Scheitern der Konzerne im post-sowjetischen Raum vorweggenommen. Leider bleibt Sander auf der Ebene der abstrakten institutionellen Verflechtung stehen. Die konkrete Nennung von Entscheidern wäre interessant gewesen.

Die beachtenswerte Analyse leidet unter der lieblosen, vermutlich kostensparenden Erstellung des Buches. Die ohne Gestaltungselemente auskommende Monografie entspricht dem Prototyp einer Bleiwüste. Auch beinhaltet sie nur rudimentäre Angaben zu den Primärdaten der quantitativen Netzwerkanalyse. Besonders im Vergleich mit Sanders Beiträgen in der Zeitschrift Osteuropa-Wirtschaft fallen die dort enthaltenen detaillierteren Analysen mitsamt Grafiken und Tabellen auf. Als Grundlagenliteratur zu Nord Stream sowie den deutschen und russischen Energiesektoren ist Sanders Buch allerdings nachdrücklich zu empfehlen.

Kai Kleinwächter, *WeltTrends*

Herzberg, Carsten u.a. (Hrsg.): Hoffnung auf eine neue Demokratie. Bürgerhaushalte in Lateinamerika und Europa. Campus, Frankfurt am Main / New York 2012, 331 S.

Über Möglichkeiten zur *Demokratisierung der Demokratie* wird nicht nur im „Krisengebiet“ Europa, sondern auch in anderen Teilen der Welt sowohl in der Politik als auch in der Politikwissenschaft kontrovers diskutiert. Die Beteiligung von Bürgerschaften an politischen Entscheidungsprozessen zu vertiefen und die Momente der Partizipation sowie des entscheidungsrelevanten Meinungsaustauschs zu mehrten gelten nicht selten als zentrale Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben demokratisch organisierter Gemeinwesen. Auf eine Ausweitung deliberativer Elemente zur Stärkung der Demokratie richten manche ihre Zukunftshoffnung.

Der Ende der 1980er Jahre begründete erste Bürgerhaushalt im brasilianischen Porto Alegre hat die Hoffnung auf eine stärkere prozedurale Einbindung von Bürgerschaften genährt. Bürgerhaushalte, bei denen Bürger über die Verwendung eines Anteils von Haushaltsmitteln auf kommunaler oder regionaler Ebene mitentscheiden können, dienen in dem von Carsten Herzberg, Yves Sintomer und Heinz Kleger herausgegebenen Sammelband als Beispiel für Bürgerpartizipation; sie werden „als ein Prisma herangezogen, mit dessen Hilfe häufig anzutreffende Probleme und Hindernisse von Bürgerbeteiligung diskutiert werden“ (S. 15). Versuche zur demokratischen Neubestimmung des Verhältnisses von Macht und Deliberation, wie es in der profunden